

# «Volkswillen endlich durchsetzen»

**Trinkwasser-Initiative** Die Landwirtschaft werde heute industriell betrieben. Das entspreche nicht dem Volkswillen, sagt Initiantin Franziska Herren. Die Initiative, die Mitte Monat eingereicht wird, soll dies ändern.

**Interview:**  
Richard Clavadetscher

**Franziska Herren, in wenigen Tagen reichen Sie und Ihre Mitstreiter die Trinkwasser-Initiative ein. Gerade mal neun Monate brauchten Sie für die 100 000 Unterschriften. Ging das wirklich so glatt?**  
Der Anfang war harzig. Als dann aber im April die Eawag-Studie zu den Pestiziden in den Gewässern veröffentlicht wurde und es dazu in der Romandie zu Tierhalte-Skandalen kam, änderte sich das. Die Leute wussten nun, worum es geht.

**Sie wollen, dass Bauern nur noch Direktzahlungen bekommen, wenn sie ohne Pestizide und ohne vorsorgliche Antibiotikaabgabe an Tiere produzieren. Zudem sollen nur noch so viele Tiere erlaubt sein, wie der Hof ohne Futtermittelzukauf ernähren kann. Warum dies?**

21 Jahre, nachdem sich eine grosse Mehrheit für den ökologischen Leistungsnachweis ausgesprochen hat und Milliarden investiert worden sind in eine Landwirtschaft, die eigentlich naturnah produzieren sollte, haben wir höhere Pestizidwerte als erlaubt in den Gewässern, ein grosses Ammoniakproblem, Antibiotikaresistenzen. Das alles sind Dinge, die die Bevölkerung nicht will.

**Unser Trinkwasser ist doch heute einwandfrei, sagen uns die Wasserwerke.**

In Bern können vier Quellen nicht mehr für die Trinkwassergewinnung gebraucht werden. Dies wegen der Pestizide. Natürlich gibt es in der Schweiz noch Orte, wo das Trinkwasser gut ist – etwa dort, wo wenig Landwirtschaft betrieben wird. 70 Prozent

des Trinkwassers kann naturnah und ohne aufwendige Aufbereitung verteilt werden. Dies soll auch für künftige Generationen so sein.

**Was haben Sie denn beim Unterschriftensammeln für Reaktionen aus der Bevölkerung bekommen?**

Sehr viele Leute kannten das Problem bereits und unterschrieben die Initiative wortlos. Andere fragten, ob das denn tatsächlich wahr sei, was sie auf unseren Plakaten lasen. Sie unterschrieben nach einem Gespräch.

**Zu den Bauern hatten Sie auch Kontakt?**

Ich habe tagtäglich Kontakte mit Bauern.

**Spüren Sie bei diesen Bauern nicht Angst? Würde Ihre Initiative angenommen, wäre dies doch das Ende der Landwirtschaft, wie wir sie heute kennen.**

Ich spüre eine grosse Verunsicherung, denn die Initiative verlangt

eine neue Einstellung: weg von einer industriellen, hin zu einer ökologischen Landwirtschaft. Die Bauern sind heute jedoch anders geschult. In den Gesprächen, die ich mit Bauern führe, kommen wir aber allermeistens zum Schluss, dass Änderungen notwendig sind.

**Nicht die Bauern seien schuld an der heutigen Situation, sondern das System, sagen Sie. Wie müssen wir das verstehen? Können Sie das ausdeutschen?**

Das Ausbildungssystem zielt klar Richtung industrielle Landwirtschaft. Die Bauern glauben und wenden an, was man ihnen beigebracht hat. Das aber hat wenig mit Ökologie zu tun. Hätte es damit zu tun, würde es zum Beispiel keinen Aktionsplan Biodiversität brauchen. Er wäre überflüssig.

**Bauern sollen nur so viele Tiere halten dürfen, wie der Hof ernähren kann. Kann man in der Schweiz so überhaupt bauen?**

Die Schweiz ist ein Grasland. Wir können gut Milch und Fleisch produzieren. Heute aber haben wir eine industrielle Produktion, die auf Futtermittelimporte angewiesen ist. Die Hälfte des Fleisches wird mit solchen Importen produziert, gar 70 Prozent sind es bei den Hühnern und den Eiern. Folge davon sind das grosse Jaucheproblem, die hohen Ammoniak-Emissionen, die Versauerung von Boden und die Überdüngung von Wasser.

**Die Landwirte würden durch Ihre Trinkwasser-Initiative doch definitiv zu staatlich finanzierten Landschaftsgärtnern.**

Die Bevölkerung will in die Landwirtschaft investieren. Sie will, dass die Bauern ökologisch und naturnah produzieren – wie es auch in der Verfassung steht. Die Bevölkerung zeigt sehr wohl Wertschätzung den Bauern gegenüber. Die Bauern wollen Erträge, und sie sollen sie auch haben. Aber diese sollen ökologisch und naturnah produziert

sein. So, wie es übrigens auch die Werbung zeigt.

**Ihre Initiative würde die Landwirtschaft drei Jahrhunderte zurückwerfen. Damals propagierte Kleinjogg erstmals das Düngen mit Mist zur Ertragssteigerung. Sie kritisieren das Ausbringen von Gülle und Mist.**

Halt! Wir haben nichts gegen das Ausbringen von Gülle und Mist. Wir kritisieren nur das übermässige Ausbringen, das aufgrund der Futtermittelimporte und zu hoher Tierbestände erfolgt.

**Bauernfunktionäre sagen, Ihre Initiative würde die Lebensmittelproduktion enorm verteuern, gerade auch beim Fleisch. Das gäbe noch mehr Einkaufstourismus.**

Erstens können wir nicht weiterhin so viel Fleisch produzieren – in der Schweiz nicht und auch weltweit nicht. Wenn wir unseren Nachkommen eine lebenswerte Welt hinterlassen wollen, müssen wir Abschied nehmen von dieser

«Ich habe tagtäglich Kontakt mit Bauern.»



Franziska Herren  
Trinkwasser-Initiative

intensiven Fleischproduktion. Da haben wir gar keine Wahl. Zweitens würde unsere Initiative die Ernährungssicherheit der Schweiz nicht senken, sondern steigern. Es gibt Studien, die belegen, dass die Senkung der Futtermittelimporte die Ernährungssicherheit steigen lässt; dies bei einer gleichzeitig tieferen Auslandsabhängigkeit.

**Wir haben den Aktionsplan Pflanzenschutzmittel des Bundes und wir haben die Forderung nach nachhaltiger Produktion in der Bundesverfassung. Braucht es da Ihre Initiative überhaupt?**

Schauen Sie sich doch die Realität an! Klar steht all das in der Verfassung, was wir wollen, aber es geschieht viel zu wenig in diese Richtung. Eigentlich ist unsere Initiative nichts anderes als die Umsetzungsinitiative zur Ernährungssicherheit, der das Volk ja sehr deutlich zugestimmt hat.

## Für unbelastetes Trinkwasser

**Sauber und gesund** Wir subventionieren unsere eigene Wasserverschmutzung, so die Initianten des Volksbegehrens «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung». Auf den Böden, die die Landwirtschaft bewirtschaftet, entstehe nicht nur Nahrung, sondern durch Versickerung des Regens auch ein grosser Teil unseres Trinkwassers. Die Landwirtschaft belastet diese Böden mit Stoffen wie Nitrat, Pestiziden und ihren Abbauprodukten sowie

mit Rückständen von Medikamenten aus Mist und Gülle.

Die Initiative verlangt, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen oder Subventionen unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen, die in ihrer Tierhaltung ohne prophylaktischen Antibiotikaeinsatz auskommen und die nur so viele Tiere halten, wie sie ohne Futtermittelimporte ernähren können. Das Volksbegehren wird am 18. Januar eingereicht.

Für den Schweizer Bauernverband (SBV) geht die Initiative zu weit. Die Produktion von Lebensmitteln würde nach Annahme der Initiative in der Schweiz stark zurückgehen, zeigt sich SBV-Präsident und Nationalrat Markus Ritter (CVP/SG) überzeugt. Nicht nur das, die Lebensmittelimporte würden zunehmen – und damit die Auslandsabhängigkeit.

Ritter spricht sich stattdessen für den Aktionsplan Pflanzenschutz des Bundesrates aus, den

die Landesregierung im September verabschiedet hat. Er werde auch von der Schweizer Landwirtschaft unterstützt. Mit diesem Plan sollen die (Pestizid-) Risiken halbiert und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden.

Die Umsetzung des Aktionsplans Pflanzenschutz sei rasch voranzutreiben, sagt Ritter. Sie werde deshalb auch ein Schwerpunkt der SBV-Arbeit sein im kommenden Jahr. (cla.)

## Der Bundesrat macht auf Kunst



**Fotoshooting** Das offizielle Bundesratsfoto 2018 kommt mit Blick auf Onlinemedien erstmals als animiertes Bild daher. Gestaltet nach dem Konzept «Bundesart» von Künstlern aus Freiburg, dem Heimatkanton von Bundes-

präsident Alain Berset, wurde das Bild als .gif-Datei ausgeliefert, in der alle Cartoon-Akteure im Hintergrund in Bewegung sind. Das Foto wird zudem in einer Auflage von 55 000 Stück gedruckt.

Bild: Bundeskanzlei/Stéphane Schmutz

## Berset verspricht Zuversicht

**Optimismus** Er sei dankbar, in der Schweiz leben zu dürfen. Das sagte Bundespräsident Alain Berset in seiner Neujahrsansprache. Durch die direkte Demokratie könnten alle mitbestimmen, wie sie leben wollten. Das sei ein grosses Privileg. Die Bevölkerung könne mit Zuversicht in das neue Jahr starten, die Schweiz sei stabil und sicher. (sda)

ANZEIGE

Markus Blaser  
Kundenberater  
T +41 71 560 39 05

«Anlagelösungen zu attraktiven Konditionen – Vergleichen lohnt sich.»  
www.cic.ch

**CIC**  
BANQUE CIC | SUISSE  
Die Bank der Privat- und Geschäftskunden  
Neu in St. Gallen